



Kommentar
Peter Bußjäger

Nicht einmal ignoriert

Die Vorarlberger SPÖ befürchtet eine Ausdünnung des Personals des Arbeitsinspektorats durch die Bundesregierung. Sie argwöhnt, dass damit Kontrollen der Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes erschwert werden und hat daher einen Antrag im Landtag

„Die **einzig richtige Maßnahme** wäre, die Arbeitsinspektorate in die Sachverständigendienste der Länder einzugliedern.“

eingebraucht, um von der Bundesregierung mehr Personal zu fordern.

Tatsächlich erfüllt das Arbeitsinspektorat viele wichtige Aufgaben zum Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Was vom einzelnen Unternehmer manchmal als bürokratische Erschwernis empfunden wird, kann für die Volkswirtschaft hohe Kostensparnisse bringen, etwa durch die Vermeidung von Unfällen und Krankheiten.

Die Arbeitsinspektorate sind Bundesbehörden und in der Personalausstattung daher völlig vom Ermessen des Ministeriums abhängig. Ihre Aufgaben haben jedoch viele Überschneidungen mit jenen der Sachverständigen, die im Amt der Landesregierung tätig sind und in zahlreichen Gewerbeverfahren zum Einsatz

kommen. Die einzig richtige Maßnahme wäre, die Arbeitsinspektorate in die Sachverständigendienste der Länder einzugliedern. Das wäre eine Verwaltungsreform und der Landtag selbst würde den Personaleinsatz bestimmen, nicht die Bundesregierung.

Das haben in der Vergangenheit der Vorarlberger Landtag und die Länder mehrfach gefordert. Vom Sozialministerium sind diese Vorschläge in den vergangenen Jahrzehnten nicht einmal ignoriert worden. Schließlich würde die politische Führung in Wien Macht und Einfluss auf die Personalauswahl verlieren.

Im Regierungsprogramm der gegenwärtigen Bundesregierung kommt die Idee, durch Eingliederung von Bundesbehörden in die Länder eine Verwaltungsreform zu ermöglichen, immerhin vor, wenn auch nur am Rande. Man kann sich jedoch vorstellen, dass dieses Projekt auch die neue Führung des Sozialministeriums wenig interessiert. Der Vorarlberger Landtag hätte aus aktuellem Anlass die Gelegenheit, die Bundesregierung an ihr Programm zu erinnern. Das wäre die bessere Alternative, als untätigst zu bitten, mehr Beamte „in die Provinz“ zu entsenden.



PETER BUSSJÄGER
peter.bussjaeger@vn.at

Peter Bußjäger ist Direktor des Instituts für Föderalismus und Universitätsprofessor in Innsbruck.